

BID - Medieninformation vom 17.04.2013

BID: Teilaspekte im SPD Programm zur Bundestagswahl stoßen auf Unverständnis in der Immobilien- und Wohnungswirtschaft

- **Symptome sollen behandelt werden – Probleme werden bestehen bleiben!**

Berlin – „Differenziert nehmen wir die Lösungsvorschläge zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in dem SPD Programm zur Bundestagswahl im September zur Kenntnis. Wohnungsunternehmen werden durch die Vorschläge der SPD in ihrem operativen Geschäft stark benachteiligt. Erschwert wird insbesondere der Wohnungsneubau. Das trägt nicht dazu bei, dass preiswerter Wohnraum, der den Anforderungen an ein modernes Wohnen entspricht, in den Ballungszentren entsteht“, erklärt Walter Rasch, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des BFW.

Die Vorschläge der SPD sorgen bei den durch die BID vertretenen Verbänden der Immobilien- und Wohnungswirtschaft in Teilen für Unverständnis:

„Das Ziel der Politik sollte es sein, Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ein klassischer Fehlschluss ist es, wenn Wiedervermietungsmieten gedeckelt werden, auch wenn Neuvertragsmieten davon ausgenommen sind. Das bringt Finanzierungen ins Wanken und hält Investoren davon ab, in den dringend erforderlichen Neubau oder die Sanierung zu gehen. Somit muss auch die energetische Sanierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und für Vermieter sowie Mieter gleichermaßen bezahlbar bleiben“, erläutert Rasch. Kosten für den Neubau sowie die Pflege von Bestandsbauten müssen sich refinanzieren lassen. Hier dürfe die finanzielle Last nicht allein auf der Vermieterseite liegen.

Auch Freibeträge in der Vermögenssteuer dürfen nicht nur für Eigentümer von Einfamilienhäusern gelten. Das Vermögen der Immobilienwirtschaft besteht vorrangig aus finanziellen Mitteln, die notwendig für den Unternehmensbetrieb sind. Wäre die Immobilienwirtschaft von der Vermögenssteuer betroffen, würde dies in jedem Fall eine Substanzbesteuerung auslösen.

Ein richtiger Ansatz im Wahlprogramm der SPD ist dagegen, dass die Städtebauförderung finanziell so ausgestattet werden soll, dass sie den wachsenden und komplexer werdenden Herausforderungen in den Stadt- und Wohnquartieren gerecht werden kann. Hier macht die SPD in ihrer „solidarischen Stadt“ einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung und bezieht das altersgerechte und barrierearme Wohnen sowie die energetische Stadtsanierung in den Kontext städtebaulicher Aufwertungsmaßnahmen mit ein.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:
Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 - 110
Fax +49 (0)30 32781 - 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss